

23. Februar 2007, Neue Zürcher Zeitung

Mitte-Links-Parteien gegen Islam-Kampagne der SVP

«Diffuse Ängste instrumentalisiert»

(sda) In Zürich wehren sich CVP, EVP, Grüne, SP und Alternative Liste gemeinsam gegen Islam- Inserate der SVP. Diese instrumentalisierten diffuse Ängste vor dem Islam politisch, hiess es am Donnerstag an einer Medienkonferenz. Das Inserat der SVP tangiere inhaltlich die Religionsfreiheit der Muslime und stelle diese unter einen Generalverdacht, heisst es in der Erklärung der fünf Parteien und der Vereinigung islamischer Organisationen Zürich (VIOZ). Musliminnen und Muslime müssten sich dadurch bedroht fühlen. Polemik gehöre zwar zu einem Wahlkampf, hielten die Vertreter der Parteien fest. Wenn aber Angehörige einer ganzen Religion als Bedrohung dargestellt würden, dann sei der Punkt erreicht, gemeinsam «So nicht!» zu sagen. Generelle Verdächtigungen aufgrund einer Zugehörigkeit zu einer Religion griffen nämlich die Grundlagen der Demokratie und des Zusammenlebens an.

Die fünf Parteien hielten fest, es gebe keine realen Anzeichen von Seiten offizieller muslimischer Vertreter, dass die christlichen Traditionen der Schweiz durch islamische Traditionen ersetzt werden sollten. Markus Arnold, Präsident der CVP, erklärte, das Inserat konstruiere einen unsinnigen Gegensatz zwischen Schweizer und Muslim. Er erinnerte daran, dass es im 19. Jahrhundert Kräfte gegeben habe, die Katholiken die Fähigkeit absprachen, gute Schweizer zu sein. Dies und die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus hätten aber gezeigt, dass zwischen Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Religion und Zugehörigkeit zu einem Staatswesen klar unterschieden werden müsse, so Arnold. Der Co-Präsident der Grünen, Balthasar Glättli, wies darauf hin, dass nur der Name der Fremden wechsele. In früheren Jahrzehnten hätten die Italiener oder die Tamilen als Sündenböcke herhalten müssen, heute seien es die Muslime. «Die Sündenböcke wechseln, die Sündenbock-Politik bleibt», sagte Glättli.

Das kritisierte Inserat der SVP des Kantons Zürich ist vergangene Woche in diversen Zeitungen erschienen. Es zeigt betende Muslime vor dem Bundeshaus und trägt den Schriftzug «Islamische Bevölkerung +1560%». Daneben preist sich die SVP als einzige Partei an, die «konsequent gegen die Ausbreitung des Islams ist».

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2007/02/23/zh/articleEY6GC.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG